

Info-Brief der Bundesleitung für Mitglieder



dbb Gewerkschaftstag

Bericht auf Seite 4



Tagung der DJG-Frauen

Bericht auf Seite 6



Jahresrückblick in Bildern

ab Seite 2

Mitglied im dbb Beamtenbund und tarifunion

DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT BUND

Bundesleitung: Die Arbeit der DJG-Bund 2022 in Bildern



Videokonferenz mit Volker Geyer anlässlich der Bundesvorstandsitzung in Königsutter



Fachbereich Rechtspfleger bei der 1. Sitzung in Präsenz nach Reaktivierung



Vertreter der AG-Justiz mit dem ddb Vorsitzenden und Staatssekretärin Dr. Schlunck im Bundesjustizministerium



Bundesvorstandsitzung in Königsutter



Bundesleitung im Gespräch mit dem Landesvorsitzenden Thüringen, Fred Siegert, in Oberhof



ddb Jahrestagung in Köln:
Der Bundesvorsitzende und Seniorenvertretung



neu gewählte dbb-Spitze v.l.n.r.: Heiko Teggatz, Claus Weselsky, Maik Wagner, Volker Geyer, Andreas Hemsing, Simone Fleischmann, Ulrich Silberbach, Melanie Kreutz und Friedhelm Schäfer.



Landesgewerkschaftstag in Sachsen-Anhalt



Bundesseniorenvertreterin Sabine Wenzel im Gespräch mit Bundesjustizminister Marco Buschmann



Landesgewerkschaftstag der BJK in Bamberg mit vielen Gästen aus der DJG-Familie



Bundesleitungssitzung in Hagen



Grußworte der Bundesleitung zum Landesgewerkschaftstag Bayern

Bundesleitung:

DBB Gewerkschaftstag 2022

Am 27. - 30.11.2022 fand unter dem Motto „Staat. Machen wir!“ fand der dbb Gewerkschaftstag in Berlin mit rund 900 Delegierten aus den im dbb beamtenbund und tarifunion organisierten Fachgewerkschaften statt. Mit der Wahl der Bundesleitung und der Abstimmung über 30 Leitanträge wurden die Weichen für die Arbeit des dbb in den nächsten fünf Jahren gestellt.

Ulrich Silberbach wurde bei der Wahl der dbb Bundesleitung in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Friedhelm Schäfer, der bisherige Zweite Vorsitzende des dbb und Fachvorstand Beamtenpolitik und Volker Geyer, bisheriger stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, wurden ebenfalls für weitere fünf Jahre wiedergewählt. Komplettiert wird die neue Bundesleitung durch die weiteren stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden:

- Simone Fleischmann (Verband Bildung und Erziehung)
- Andreas Hemsing (komba gewerkschaft)
- Milanie Kreutz (Deutsche Steuergewerkschaft)
- Heiko Teggatz (DPoIG Bundespolizeigewerkschaft)
- Maik Wagner (Gewerkschaft der Sozialversicherung)
- Claus Weselsky (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer)

Der Höhepunkt des Gewerkschaftstages war die Ansprache des



Bundeskanzlers Olaf Scholz. Bundeskanzler Olaf Scholz sprach in seiner Rede über die Herausforderungen für den öffentlichen

Dienst in den Bereichen Digitalisierung und Klimawandel.

Die Regierende Bürgermeisterin Berlins, Franziska Giffey, würdigte in ihrem Grußwort am 28. November 2022 die Leistungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die Politische Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen Emily Büning, sprach sich bei der Podiumsdiskussion der Politikerinnen und Politiker des Deutschen Bundestages anlässlich der Öffentlichen Veranstaltung zum dbb Gewerkschaftstag am 29. November 2022 klar für Einkommenserhöhungen im öffentlichen Dienst aus.

Der öffentliche Dienst brauche Wertschätzung, eine gute Infrastruktur, Ausstattung und Vergütung, bekräftigte CDU-Generalsekretär Mario Czaja. Um das Image des öffentlichen Dienstes attraktiver zu gestalten, forderte Czaja, die Erfahrungsstufen in der Besoldung besser abzubilden.

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert forderte eine angemessene Vergütung und sachliche Ausstattung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Mit Blick auf den Zustand mancher Dienstgebäude gab Kühnert zu bedenken: „Man mag sich nicht vorstellen, was es für Beschäftigte bedeutet, 38 bis 40 Stunden pro Woche in dieser Umgebung arbeiten zu müssen.“ Das zu ändern, sei eine Frage des Respekts gegenüber den Beschäftigten. In seiner Grundsatzrede auf dem Gewerkschaftstag fordert dbb Chef Ulrich Silberbach eine Kehrtwende in der Finanz- und Personalausstattung des öffentlichen Dienstes. „Ins Unsichere sind wir gerade alle gemeinsam unterwegs. Kostenexplosion, Corona-Krise, Krieg und Klimawandel: Das Land, ja die ganze Welt, hat mit vielen parallelen Krisen zu kämpfen. Gleichzeitig hält nur noch ein Drittel der Bevölkerung den Staat für handlungsfähig, das hat unsere dbb Bürgerbefragung im Herbst gezeigt. Das ist gefährlich. Am langen Ende für die Demokratie selbst.“

Wir trauern um den Verlust unserer geschätzten Kollegen:

Gerhard Zieseniß

* 26.08.1936 † 06.12.2022

langjähriger Vorsitzender des Fachbereiches Senioren und Bundesehrenmitglied

und

Hilbrand „Hilli“ Hilbrands

* 24.08.1944 † 21.11.2022

Bundesehrenmitglied

Wir werden beide verdiente Kollegen stets in ehrevoller Erinnerung behalten.

Unsere Anteilnahme gilt den Familien der Verstorbenen.

Fachbereich: Rechtspfleger

Fachbereich Rechtspfleger nimmt Arbeit auf

Nach einigen Videokonferenzen fand in der Zeit vom 15. bis 17. September 2022 in Königslutter das langersehnte erste Präsenztreffen des neu aufgestellten Fachbereichs Rechtspfleger statt. Nachdem wir uns bisher nur vom Bildschirm kannten, waren doch alle sehr gespannt auf das erste persönliche Aufeinandertreffen. Unter der Leitung von Silke Gölzenleuchter, die dankenswerterweise die Organisation und Moderation übernommen hatte, lernten wir uns in diesen Tagen näher kennen. Die Zusammenarbeit in der Gruppe klappte auf Anhieb. Wir konnten uns schnell auf Themenbereiche verständigen, die wir gemeinsam im Fachbereich aufbereiten und abarbeiten wollen. Dazu später mehr.



Am letzten Tag wählten wir dann Bernd Spaniol (LV Saarland) als neuen Fachbereichsleiter und Thomas Kratzberg (LV Niedersachsen) als stellvertretenden Fachbereichsleiter.

Für unsere Arbeit in nächster Zeit haben wir uns als Fachbereich folgende Themenschwerpunkte gesetzt:

1. Attraktivität des Rechtspflegerberufs bzw. des Berufsbildes,
2. Nachwuchsgewinnung,

3. Mitgliederwerbung für die DJG bei den Rechtspfleger*innen ,
4. Einführung der elektronischen Akte und deren Auswirkungen auf unseren Beruf,
5. Die nächste Pebb\$y-Erhebung.



Die ersten drei Themen haben wir in den folgenden Videokonferenzen am 22.11.2022 und 07.02.2023 bereits weiter vertieft. Über erste Ergebnisse werden wir zu gegebener Zeit berichten.

Bernd Spaniol hat vom 27. bis zum 30. November 2022 am Gewerkschaftstag des dbb und der Tarifunion in Berlin teilgenommen. Erfreulicherweise sind dort die von unserem Fachbereich eingebrachten Anträge zur Einführung eines Rechtspflegerpräsidiums, zur Vereinheitlichung der Justizsoftware und zum Daten- und Persönlichkeitsschutz der Justizmitarbeiter bei Verwendung der qualifizierten elektronischen Signatur angenommen worden.

Thomas Kratzberg

FB: Tarif

Herbsttreffen des Fachbereich Tarif

Zum halbjährlichen Treffen fanden sich die Mitglieder des Fachbereichs Tarif im Herbst in Königslutter ein. Die wichtigsten Themen werden besprochen und die Mitglieder tauschen sich untereinander aus.

Ein Thema waren die Anträge an den Gewerkschaftstag des dbb im November 2022 in Berlin. Nunmehr kann auch mitgeteilt werden, dass die Anträge des FB Tarif komplett angenommen worden sind oder als Arbeitsmaterial betitelt wurden. Das ist für uns ein guter Schritt und Erfolg.

Unsere Anträge waren Abschaffung der Stichtagsregelung zur Jahressonderzahlung, Antrag zur Altersteilzeit, Antrag zur einheitlichen Arbeitszeit und Antrag zum Wechsel in den Entgelttabellen.

Gemeinsam ausgetauscht hat sich der FB Tarif ebenfalls zum Tarifjahr 2023. Sowohl für den TVöD als auch den für uns geltenden Tarifvertrag der Ländern.

Nur gemeinsam werden wir gute Ergebnisse erzielen können. Wir rufen bereits jetzt jedes Mitglied auf sich aktiv im Herbst zu beteiligen.

Zum BAG-Urteil und der Eingruppierung auf den Geschäftsstellen konnte zu der Zeit nichts weiter berichtet werden. Die aktuellen Informationen sind zu lesen auf den Internetseiten der DJG sowie dem dbb.

Nach einem regen Austausch führen alle Richtung Heimat und freuen sich auf ein Wiedersehen im Frühjahr.

Karen Altmann



Fachbereich: mittl.Dienst

Fachbereichssitzung im Juli 2022

Vom 29. bis 31. Juli 2022 fand die letzte Sitzung des Fachbereichs mittlerer Dienst auf Bundesebene statt. Die Kolleginnen und Kollegen trafen sich dieses Mal in der Bayerischen Justizakademie in Pegnitz. Die Schulleiterin Gudrun Scharr machte extra für uns Überstunden, um uns in ihrer Ausbildungsstätte herzlich willkommen zu heißen.



Neben dem noch amtierenden Fachbereichsvorsitzenden Helmut Leu und Marco Besselt von der Bundesleitung nahmen an der Sitzung wieder Kolleginnen und Kollegen aus fast allen Bundesländern teil. Vom Landesverband Bayern waren anwesend der Landesvorsitzende Jochen Freytag und Kollege Oliver Kopsch, die sich auch im Vorfeld und während der Sitzung um das Organisatorische rund um die Schule und die Verpflegung gekümmert hatten. An dieser Stelle vielen Dank dafür!

Weiterhin nahmen teil für den Jugendbereich und zugleich für den LV Sachsen René Pellegrini, Rudy Siefertmann, Baden-Württemberg, Michél Manze, Brandenburg, Michaela Rieck, Hamburg, Dirk Barkanowitz, Hessen, Torsten Lieberam, Niedersachsen, Ellen Schmiedgen, Sachsen-Anhalt, Ulrich Klein, Rheinland/Pfalz, Klaus Plattes und Christiane Wagner, Nordrhein-Westfalen und Dirk Biegel, Saarland.

Inhaltlich hat sich der Fachbereich mit Anträgen für den diesjährigen dbb Bundesgewerkschaftstag im November befasst, vorrangig um die Dauerbrenner weitere Aufgabenübertragungen auf den mittleren Dienst, mit dem wir bereits im vergangenen Jahr bei der JuMiKo auf der Tagesordnung standen. Aus unserer Sicht muss der mittlere Dienst mit Blick auf den durch die Einführung der eAkte sich wandelnden Arbeitsplatz mehr in die Sachbearbeiterebene gehoben werden. Weiterhin formulierten wir Anträge zum weiteren – soweit wie möglich – ausschließlichen Zugang zur Gerichtsvollzieherlaufbahn für Beamte des mittleren Dienstes und Justizfachangestellte sowie zur Einhaltung der Arbeitsstättenverordnung bei Bildschirmarbeitsplätzen (Einhaltung der Bildschirmpausen).

Unter dem Punkt „Berichte aus den Ländern“ war interessant festzustellen, dass alle Bundesländer mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben: Probleme mit dem Roll-out der eAkte ohne zusätzliches Personal, Ausbildung, Schwierigkeiten, geeignete Bewerber zu bekommen, dadurch zu hohe Fluktuation usw. Positiv festzustellen war, dass das Thema mobiles Arbeiten zwischenzeitlich in allen Ländern angekommen, wenn auch

teilweise in der Papieraktenwelt noch schwierig umzusetzen ist. Hinsichtlich der Besoldung wird der Flickenteppich leider immer größer, hier muss unbedingt wieder mehr Einheitlichkeit her. Auch diese Forderung wird die DJG in der Bundespolitik immer wieder vertreten. Wettbewerbsföderalismus tut der Justiz nicht gut!

Zum Thema „Attraktivität/Nachwuchsgewinnung/Digitalisierung in der Justiz“ teilte die Gruppe sich in drei Arbeitsgruppen auf und präsentierte später interessante Lösungsansätze, die für unsere künftige Arbeit und Bundes- und Länderebene eine gute Blaupause darstellen.

Zu guter Letzt standen noch Verabschiedungen und Neuwahlen auf dem Programm. Nachdem unser Helmut Leu nach gut 10 Jahren Fachbereichsvorsitz in diesem Jahr in den wohlverdienten Ruhestand getreten ist, musste ein neuer Vorsitzender gefunden werden. Dabei wurde Dirk Biegel (LV Saarland), der bisher Vertreter von Helmut war, einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Fachbereichs mittlerer Dienst auf Bundesebene gewählt. Zu seinem Vertreter wählten die Kolleginnen und Kollegen René Pellegrini vom LV Sachsen.



Da auch unser langjähriger Kollege Ulrich Klein vom LV Rheinland/Pfalz demnächst in den Ruhestand treten wird, mussten wir auch ihn aus unserer Runde verabschieden.

Wir danken Helmut und Uli ganz herzlich für ihr jahrelanges Engagement im Fachbereich. Gerade als Vorsitzender eine große ehrenamtliche Zusatzbelastung neben dem eigentlichen Dienst; wir alle wissen, wie schwer es ist, in der heutigen Zeit noch jemand für ehrenamtliche Arbeit für die Allgemeinheit zu begeistern. Lieber Helmut, du hast das mit Bravour über viele Jahre getan und allen Kolleginnen und Kollegen in der Justiz damit geholfen, unsere Arbeitswelt nach vorne zu entwickeln und nach Möglichkeit etwas besser zu machen. Nochmal vielen Dank dafür!

Dank fortschreitender Digitalisierung ist es unserem Fachbereich nunmehr jederzeit möglich, kurzfristig per Videokonferenz zusammenzukommen; unsere nächste Fachbereichssitzung in Präsenz steht im kommenden Jahr an. Soweit Bundesländer bisher keinen Vertreter zu unseren Sitzungen entsenden



konnten, würden wir uns über entsprechenden Zuwachs im kommenden Jahr freuen. Denn neben der Arbeit kommt auch das freundschaftliche und kollegiale Miteinander nicht zu kurz.

Dirk Biegel

Fachbereich: Frauen

Wie mich 9 Frauen glücklich machten

Ein Rückblick auf unsere Arbeit in 2022

War ich aufgeregt? Auf jeden Fall! Grummelte mein Magen? Nicht zu überhören!

Hätte ich mir Sorgen machen müssen? Auf keinen Fall! Frauen sind großartig und das haben sie mir auf ganzer Linie wieder einmal bewiesen. Herzlichen Dank dafür!!!

Auf der Tagesordnung stand das 1. Treffen der DJG Landesfrauen in Präsenz nach der langen Coronapause. Vorher haben wir uns nur online gesehen. Viele von den Landesfrauen waren so wie ich noch nicht lange im Amt, also frisch gewählt und mit vielen Fragezeichen im Gesicht zu ihren Aufgaben und Möglichkeiten.

Und was glaubt ihr, wie lange es gedauert hat, bis die Frauen meine Tagesordnung durcheinandergebracht hatten? Richtig: keine Stunde. Es gab viel zu erzählen, sich auszutauschen, Fragen zu stellen und einfach nur gute Laune zu verbreiten. Vier Stunden lang war es ein lustiges und produktives Kennenlernen mit dem Austausch von Informationen und Wissen.

Am nächsten Vormittag sollte es dann zum eigentlichen Thema der Sitzung kommen.

Wie baue ich eine Frauenvertretung auf? Welche Aufgaben hat eine Frauenvertretung? Wo bekomme ich Unterstützung? Dies ist nur ein Teil der Fragen, die eine neu gewählte Frauenvertretung sich oft am Beginn ihrer Arbeit stellt. Zum Anfang standen dabei die Erwartungen der Frauen an das Thema.



Gemeinsam haben wir Punkte erarbeitet, wie z.B.: Was kann eine Frauenvertretung leisten? um dabei eine wichtige Stütze im Job, in der Personalratsarbeit oder auf gewerkschafts-politischer Ebene zu sein, Wie nutze ich Kontakte effektiv? Wie verbinde ich Wissen? Wie organisiere ich mich? Wie nutze ich die Medien? und vieles mehr.

Am Wichtigsten ist dabei folgender Leitsatz: Ein starkes Netzwerk ist ein wichtiger Erfolgsfaktor auf dem Weg in eine verantwortungsvolle Position.

Organisiere ein Netzwerk mit guten Organisationsstrukturen, einer einheitlichen Kommunikationslinie und gehe strategisch vor.

Und wie kann Frau am besten das Erlernte verinnerlichen? In dem Frau die Beste ihres Faches zum Schnackern und Austauschen einlädt. Milanie Kreutz, die Vorsitzende der dbb Frauen,

hat uns in Königslutter besucht. Die Frauen haben die Chance genutzt und so entwickelte sich ein lebhafter Austausch um das Thema des Aufbaus einer Frauenvertretung und vor allem zum Netzwerken. Milanie erzählte aus ihrer langjährigen Erfahrung und gab den einen oder anderen Tipp zum Besten. Mit einem kleinen Wellnesspaket verabschiedeten wir Milanie nach fast drei Stunden regen Austausches.



Einen kleinen Punkt der Tagesordnung haben wir dann doch noch geschafft. Zu den Themen Homeoffice, mobiles Arbeiten und Telearbeit erörterten wir die gesetzlichen Bestimmungen und verglichen die Dienstvereinbarungen verschiedener Bundesländer miteinander. Zentrale Frage der Themen war dabei: Welche Möglichkeiten gibt es und wie komme ich zu meinem Recht?

Alles in allem war die 3-tägige Sitzung ein voller Erfolg für mich persönlich und nach Rückmeldung der Teilnehmerinnen auch für diese. Ich freue mich nicht nur auf eine weitere erfolgreiche und gewinnbringende Zusammenarbeit, sondern auch auf lustige Abendstunden mit Bowling und Kegeln, spannende „Zwischenfälle“ und romantische Einblicke in die „kleinstädtische“ Idylle (von Königslutter).

Bianca Korbanek



Fachbereich: Menschen mit Behinderungen

Behindertenrecht und aktuelle politische Fragen

Der Fachbereich „Menschen mit Behinderungen“ der DJG führte im Herbst 2022 ein Seminar zum Thema „Behindertenrecht“ und „Aktuelle politische Fragen“ durch. Heidi Stuffer, Vorsitzende des Fachbereichs, hat die Veranstaltung geleitet.

Michael Auriga, stellvertretender Bundesvorsitzender der DJG begrüßte die Teilnehmenden und berichtete von der Arbeit des Bundesvorstands.

Herr Dieter Fischer, Bundesbahnberrat a. D. freiberuflicher



Dozent im Bereich Verwaltung, gab einen sehr detaillierten Einblick in die EU-Richtlinien zum Behindertenrecht i.V.m. SGB IX und AGG.

Er bezeichnet das Europäische Recht als Initiator des Schwerbehindertenrechts. Meilensteine sind die Gleichbehandlungsrichtlinie für die Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung (76/207/EWG), der Gleichbehandlungsgrundsatz ohne

Unterschied der Rasse oder ethnischen Herkunft (2000/43/EG) und aktuell die Sanktionen für sexuelle Belästigung oder Anweisung zur Diskriminierung.

Im Weiteren erläuterte Fischer die wesentlichen Grundlagen des Schwerbehindertenrecht (SGB IX/Teil 3), des AGG und der Personalvertretung. Der Referent untermauerte zahlreiche Beispiele in seinem Vortrag.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung formulierten die Teilnehmer Anträge zum dbb Bundesgewerkschaftstag in Berlin. Im Einzelnen wurden folgende Anträge gestellt:

- ⇒ (Teil-)Freistellungsregelung für Schwerbehindertenvertretungen, § 179 Abs. 4 SGB IX
- ⇒ Altersrente für schwerbehinderte Menschen
- ⇒ Pflicht der Arbeitgeber zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen
- ⇒ Übertragung der Aufgaben der Bußgeldstelle für Ordnungswidrigkeiten an die Behörden der Zollverwaltung
- ⇒ Änderung der Beteiligungsrechte
- ⇒ Änderung der Ausgleichsabgabe
- ⇒ Erhöhung der Beiträge der Ausgleichsabgabe/ Einkommenssteuer
- ⇒ Änderung der Wahlordnung hins. § 177 Abs. 1 Satz 1 SGB IX

Heidi Stuffer (Bayern) regte die Mitglieder des Fachbereichs an, die Forderungen auch an die jeweiligen politischen Sprecher/innen der Parteien sowie an die Behindertenbeauftragten in den eigenen Ländern zu richten.

Weitere Themen waren:

Gewinnung von Mitgliedern

Die Mitgliederwerbung soll weitergeführt werden. Ines Kunze, Hamburg, vertrat den Fachbereich „Menschen mit Behinderung“ in der Bundesvorstandssitzung der Deutschen Justizgewerkschaft e.V.. Landesvorsitzenden werden gebeten, diesen Fachbereich in ihren Ländern zu besetzen. Insbesondere wür-

den wir uns über Mitglieder aus den östlichen Bundesländern freuen, da diese in unserem Fachbereich noch nicht vertreten sind.

Pauschale Beihilfe

In einigen Bundesländern wird ein Teil der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung als pauschale Beihilfe gezahlt. Diese Regelung können nur neu eingestellte Beamtinnen und Beamten nutzen, wenn sie statt privater Krankenversicherung (PKV) die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wählen. Die Beamten mit einer Behinderung müssen derzeit monatlich den kompletten Beitrag (Beispiel: Wachtmeisterkollegen/innen ca. 700 €) in die gesetzliche Krankenkasse und Pflegeversicherung zahlen, während Beschäftigte mit einer Behinderung nur den halben Satz zahlen. Diese Regelung sollte in weiteren Bundesländern umgesetzt werden.

Barrierefreie Präsentationen

Auf Anregung von Peter Engels (Saarland) soll der Deutsche Beamtenbund um Prüfung gebeten, dass künftig die Präsentationen von den Referenten barrierefrei umgewandelt werden.

Heidi Stuffer



Hintergrund:

Strategie der EU für die Gleichheit von Menschen mit Behinderungen

In der EU leben rund 450 Millionen Menschen. 80 Millionen Menschen haben eine mehr oder minder schwere Behinderung:

[Menschen mit Behinderung in Europa | Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales \(bayern.de\)](#)

Die Grundlagen für die Gleichheit von Menschen mit Behinderungen legt die EU u.a. in der Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Die Strategie 2010-2020 fokussiert u.a. die Barrierefreiheit für Produkte und Dienstleistungen sowie zu den barrierefreien Zugang zu Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen.

Deutschland hat mit dem Sozialgesetzbuch Neun (SGB IX), besonders mit § 164 SGB IX, die nationalen Grundlagen für die Pflichten des Arbeitgebers und die Rechte schwerbehinderter Menschen in der Arbeitswelt geschaffen.

Hilfreiche Quellen für die Arbeit der SBV

www.bih.de

www.rehadat.de

Fachbereich: Senioren

Rück- und Ausblick auf die Seniorenarbeit

Ein interessantes gewerkschaftliches „Seniorenjahr“ 2022 liegt hinter uns, und auch dieses neue Jahr hält mehrere gewerkschaftliche Höhepunkte für uns bereit.

Zur schönen Tradition gehört unsere alljährlich im Mai durchzuführende Arbeitstagung, die uns in diesem Jahr in das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und in die Hansestadt Stralsund führt.

Die organisatorischen Vorbereitungen laufen auf vollen Touren, die dankenswerterweise dieses Mal unser Mitglied Sonja Reich übernommen hat.

Neben dem Gedanken- und Meinungs austausch, dem Festlegen der gewerkschaftlichen Arbeitsausrichtung und Ziele für das laufende Jahr und zum Wohle unserer Senioren, findet auch stets die wertvolle persönliche Kontaktaufnahme und -pflege mit den hiesigen Gewerkschaftsfunktionären und Gewerkschaftsmitgliedern statt. Diese Begegnungen bereichern unsere Arbeit und führen dazu, dass die Gewerkschaftsarbeit abwechslungsreich und interessant ist und dass Mitglieder, die das Seniorenalter erreichen, die Gewerkschaft nicht verlassen. Das ist jedenfalls unser Anliegen und unsere erneute Bitte an die Landesvorsitzenden, den entsprechenden Flyer der Zielgruppe zeitnah zugänglich zu machen.

2022 informierte sich die Seniorengruppe in der Landeshauptstadt Potsdam des Bundeslandes Brandenburg am Rande der Arbeitstagung über die Geschichte der ehemaligen Residenzstadt der Könige von Preußen bis hin zum „Potsdamer Abkommen“.

Wie bunt und abwechslungsreich gewerkschaftliche Arbeit sein kann, bewiesen wir auch, in dem wir einer Einladung der Seniorenvertreter des dbb Bremerhaven auf die Hochseeinsel Helgoland im August folgten. Spontan und gerne nutzten wir die Gelegenheit, mit den dortigen Senioren ins Gespräch zu kommen und pflegen diese Kontakte auch weiterhin.

Der dbb Bundesgewerkschaftstages 2022 in Berlin machte das persönliche Kennenlernen zu einem Vertreter des Reservistenverbandes der Landesgruppe Bremen möglich, der sich freut, unsere Gruppe im Juni 2023 in Bremen begrüßen zu können, und um auch die Bremer Senioren kennenzulernen. Ein interessantes Rahmenprogramm mit Weserschiffahrt und U-Boot-Bunker „Valentin“ sind organisiert. Bremen - Wir kommen!

An den Tagungen der DJG-Bund im Oktober in Königslutter, der Seniorenpolitischen Fachtagung im dbb Berlin und der Hauptversammlung der Bundesseniorenvertretung, ebenfalls im Oktober nahm ich teil.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren waren die Mitglieder der

Bundesseniorenvertreter im Januar 2023 Gast bei der dbb Jahrestagung in Köln-Deutz. Diese Treffen sind zum Erfahrungsaustausch und Informationsaustausch sowie zur Verständigung untereinander äußerst wertvoll und wichtig, zumal durch den Föderalismus sehr unterschiedlich mit Senioren-Problemen umgegangen wird.



gen wird.

Für dieses neue Jahr hoffe ich sehr, dass bei unseren Seniorenvertretern weiterhin die Lust und Freude am gewerkschaftlichen und ehrenamtlichen Engagement in der Deutschen Justiz-Gewerkschaft besteht und wir alle gesund, schwungvoll, ideenreich und aktiv bleiben.

Zum Jahresende 2022 erhielt ich die traurige Nachricht vom Ableben unseres langjährigen, gewerkschaftlich treuen und bis in hohe Alter aktiven Senior

Gerhard Zieseniß

In Ehrfurcht, mit Respekt und Hochachtung verneige ich mich vor seinem Andenken und vor seinen Leistungen. Von ihm habe ich den Fachbereich Senioren in der DJG-Bund übernommen, nachdem er mich darum bat.

Es war mir eine Ehre und Verpflichtung zugleich. Persönlich habe ich Gerhard gleich nach der Wiedervereinigung 1990 kennen, schätzen und von ihm gelernt, was „streitbare“ Gewerkschaftsarbeit bedeutet. Ein Terrain, das mir als neues Mitglied in der „DJG-Familie“ bis dahin fremd war.

Ich habe zu ihm aufgeblickt, sein Rat und seine Erfahrungen waren mir wertvoll. Mit ihm verbinde ich die DJG-Seniorenarbeit – er ist unvergessen!

Sabine Wenzel



Aus den Landesverbänden ...

Landesverband Saar

Jahreshauptversammlung der DJG Saar

Die diesjährige Jahreshauptversammlung der Deutschen Justiz-Gewerkschaft, Landesverband Saar fand am 15.07.2022 – wie schon in vergangenen Jahren gewohnt - im Saal 1 des Landgerichts Saarbrücken statt. Insgesamt waren 41 Mitglieder der Einladung gefolgt. Ein besonderer Gruß galt Rudi Weber, unserem Ehrenvorsitzenden. Nach der Totenehrung erstattete der Vorsitzende Dirk Biegel seinen Rechenschaftsbericht. Dabei zeigte er zunächst auf, dass es pandemiebedingt zu großen Veränderungen nicht nur im privaten, sondern auch im dienstlichen Alltag gekommen ist. Auch bei der Gewerkschaftsarbeit musste man sich entsprechend der Lage anpassen. Was früher fast ausschließlich in Präsenzveranstaltungen stattfand wurde und wird durch Videokonferenzen ersetzt. So mussten etliche Sitzungen auf Bundes- und Landesebene in anfangs ungewohnter Weise abgehalten werden. Zum Stillstand der Gewerkschaftsarbeit kam es allerdings nicht und diese wurde sogar honoriert. Nachdem das Ergebnis der Personalratswahlen im Mai 2021 feststand, konnte die DJG 6 von 9 Sitzen im HPR einnehmen. Darauf könne man sehr stolz sein, so Biegel. Des Weiteren ging der Vorsitzende auf die Tarifverhandlungen ein und dankte allen herzlich für ihre Unterstützung auch wenn das Ergebnis noch ausbaufähig gewesen wäre. Er erklärte noch einmal wie wichtig der Zusammenhalt der Mitglieder in einer Gewerkschaft zum Einen und zum Anderen das übergreifende Zusammenarbeiten mit anderen Gewerkschaften ist.

Nachdem der Rechnungsführer und die Kassenprüfer ihre Berichte erstatteten wurden zunächst ein Versammlungsleiter, ein Schriftführer und zwei Stimmzähler gewählt, da dieses Jahr Neuwahlen des Vorstandes auf der Tagesordnung standen. Dabei wurde jeder in seinem Amt bestätigt.

Landesverband Saar

DIALOG im Bereich der JUSTIZVERWALTUNG weiterentwickelt

Am 17.11.2022 war der Antrittsbesuch des dbb saar gemeinsam mit seinen fünf Justizgewerkschaften beim Staatssekretär im Ministerium der Justiz, Dr. Jens Diener (SPD).

Schwerpunkthemen waren die Weiterentwicklung der Attraktivität im Öffentlichen Dienst und speziell in den Justizverwaltungen, die Beschleunigung einer flächendeckenden Digitalisierung in den Verwaltungen sowie die Schaffung eines Masterplans für die Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung in den nächsten Jahren. Zudem dürfe es, so die dbb-Vertreter, keine zusätzlichen Aufgaben mehr ohne zusätzliches Personal geben. Auch müsse die alarmierende Belastungssituation dringend durch weitere Stellen verbessert werden. Des Weiteren erwarten die saarländischen Beamtinnen und Beamten eine amtsangemessene Alimentation, die der Rechtsprechung des Bundesverfas-

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender:	Dirk Biegel
Stellv. Vorsitzender:	Marco Besselt
Rechnungsführer:	Thomas Rudy
Stellv. Rechnungsführer:	Jürgen Hettrich
Schriftführer:	Johannes Sell
Stellv. Schriftführerin:	Alexandra Klein
Landesjugendleiterin:	Kim Bido
Beisitzerin für den Fachbereich mittlerer/gehobener Dienst:	Sabine Scholtes
Beisitzer für den Fachbereich der Wachtmeister:	Bruno Rauber

sungsgerichts (BVerfG) und nicht, wie seit 2011, der Haushaltslage des Landes entspricht.



Landesverband Saar

Justizhaushalt 2023

In gewohnter Manier haben wir als DJG Saar auch in diesem Jahr wieder gegenüber der regierenden SPD Fraktion als auch der Opposition (CDU) im Saarländischen Landtag zum geplanten Haushaltsentwurf Stellung genommen.

Insgesamt geht der Haushaltsentwurf für 2023 im Justizbereich für uns in Ordnung: Verstetigung der Wachtmeisterstellen, zusätzliche Stellen im mittleren und gehobenen Dienst und weiterhin die Möglichkeit, im Bedarfsfall auf zusätzliche Beschäftigte zurückzugreifen.



Wir haben aber auch auf die aus unserer Sicht strukturellen Probleme hingewiesen: Amtsangemessene Alimentation; der Gesetzgeber sollte reagieren, bevor er vom Bundesverfassungsgericht verurteilt wird. Andere Länder legen vor, das Saarland rutscht im bundesweiten Besoldungsgefüge immer weiter nach hinten ab. Attraktivität geht anders. Sicherlich haben wir auch

Landesverband Saar

Mahnwache

Die neue Landesregierung (Alleinregierung der SPD) berät zur Zeit über den kommenden Haushalt für das Saarland. Nach ersten Informationen hat die innere Sicherheit dort nicht höchste Priorität. Für uns alle ein absolutes NoGo, denn keiner spürt täglich am eigenen Leib besser als wir selbst, wie kaputt gespart wir jetzt schon sind und wie schwierig es geworden ist, genug geeignetes und motiviertes Personal zu bekommen.

Für die DJG sowie den BDR und die Vollzugsgewerkschaft BSJ (BSBD) waren diese Ankündigungen ein wichtiger Anlass, gemeinsam mit der DPoIG durch eine kurzfristig organisierte Mahnwache auf die aktuellen Personalprobleme hinzuweisen. „Wir fordern für die nächsten Jahre garantierte Personalzuteilungen in der Justiz, im Justizvollzug und bei der Polizei“, waren

deshalb in den letzten Jahren eine immer höhere Fluktuation durch Abwanderungen in andere Bereiche und auch Kündigungen zu verzeichnen. Genügend geeignetes Personal zu finden wird zur immer schwieriger werdenden Daueraufgabe. Zusätzliche Belastungen und Mehrarbeit durch die Einführung der E-Akte machen die Situation in dieser Zeit des Wandels ebenfalls nicht einfacher. Für diese Aufgabe fordern wir mehr Unterstützungspersonal, z.B. für Scanarbeiten und Anlegen und Strukturieren der E-Akte.

Und wenn dann nicht noch die zusätzlichen hausgemachten Problemchen hinzukämen, könnten wir uns als Gewerkschaften und Personalräte auf unsere eigentliche Arbeit konzentrieren. Man kann nur dann auf motiviertes Personal bauen, wenn man auch ordentlich mit ihnen umgeht.

Fazit: Wenn wir auch stellenmäßig derzeit auskömmlich aufgestellt sind – positiv hinzu kommt zum verstetigten erhöhten Beförderungsbudget in 2023 ein plus von 80.000,-€ (vielen Dank dafür!) -, bleibt weiterhin viel zu tun... und wir bleiben dran.



Dirk Biegel

sich die vor Ort anwesenden Landesvorsitzenden (Biegel, DJG; Wollscheid, BSJ; Bölinger, BDR und Alles, DPoIG) einig.

Die vergangenen Personaleinsparungen durch die Schuldenbremse haben zu extremen Engpässen in allen Bereichen der inneren Sicherheit geführt. Es muss von der neuen Landesregierung ein Zeichen ausgehen, sich um die gesamte innere Sicherheit, und zwar mit höchster Priorität, zu kümmern. Die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Bediensteten der Justiz und Polizei, haben ein Recht auf einen gut funktionierenden Rechtsstaat. Justiz und Polizei dürfen keine Sparopfer mehr sein.

Dirk Biegel

Landesverband Hessen

Im Gespräch über Zukunftsthemen mit dem Justizminister

Gesamtvorstand berät Zukunftsperspektiven für den mittleren Dienst mit dem Justizminister.

Der Gesamtvorstand der DJG Hessen traf sich zu seiner jährlich stattfindenden 2-tägigen Sitzung, in Marburg.

Am 1. Tag beschäftigt sich der Vorstand vor allem mit den Themen aus den Bezirksgruppen und Fachbereichen des Landesverbandes. Insbesondere die Problemlagen wie z. B. die Einführung der E-Akte oder der Personalmangel vor Ort waren Hauptthemen. Mit dem hessischen Justizminister Prof. Dr. Roman Poseck der an der Sitzung ebenfalls teilnahm, konnten die Themen in einer konstruktiven Diskussion an und besprochen werden. Wir haben uns sehr gefreut, dass der Herr Minister sich Zeit genommen hat, um mit uns in diesem Rahmen in Marburg den Dialog über Zukunftsthemen in der Justiz zu führen.



Der Landesvorstand hatte bei seinem 1. Treffen mit dem neuen Staatsminister am 13. Juni 2022 in Wiesbaden, bereits 2 Konzeptpapiere für die Weiterentwicklung der Fort- und Ausbildung in der hessischen Justiz, dem Minister vorgestellt.

Die in den Papieren vorgestellten Möglichkeiten / Perspektiven betreffen besonders die Ausbildung und Gewinnung von IT Vorortsbetreuern sowie die Ergänzung der Ausbildung des allgemeinen Justizdienstes, im Bereich der Verwaltung.

Hier sieht die DJG, so der 1. Vorsitzende Erwin Schmidt, einen Lösungsansatz für die Personalprobleme der Zukunft. Es gibt derzeit z. B. zu viele Tätigkeiten, die vom gehobenen Dienst in der Justiz ausgeübt werden, die durchaus auch der mittlere Dienst oder Tarifbeschäftigte übernehmen könnten. Diese „Ressourcen“ fehlen bei den Gerichten im eigentlichen Tätigkeitsgebiet der Hochschulabsolventen, der „Rechtspflege“ so Schmidt weiter, als Beispiel nannte er den Einsatz von Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, im Servicepoint der Justiz, der bei dem Amtsgericht in Eschwege eingerichtet ist.

An dieser Stelle gilt es Herrn Prof. Dr. Poseck zu danken, für seinen beharrlichen und erfolgreichen Einsatz, der dazu geführt hat, dass im Doppelhaushalt 2023 / 2024 des Landes Hessen, eine Stellenmehrung von 477 für die Justiz erreicht wurde, sagte der 1. Vorsitzende.

Nun gilt es aus diesen Stellen „Kolleginnen und Kollegen zu machen“ so Schmidt weiter. In der Diskussion mit dem Justizminister wurden vom Gesamtvorstand vorgetragene Szenarien hierzu erörtert.

Die Ausbildungskapazitäten haben sowohl bei den Ausbildungsgerichten als auch bei der Verwaltungsfachhochschule und der Schule für den mittleren Dienst in Rotenburg, ihre Grenzen

erreicht. Neben der Personalgewinnung ist dies eine Sorge, die uns umtreibt, so Schmidt. Auch das Thema mobiles Arbeiten und seine Umsetzung wurde vom Vorstand mit dem Minister diskutiert. Das Thema Eingruppierung wurde mit dem Minister ebenfalls besprochen, hier ging es dem Gesamtvorstand darum, die Einschätzung des Ministers bezüglich einer möglichen Einführung der EG 9a zu erfahren, so der 1. Vorsitzende.

Der Minister führte dazu aus, dass er für die Forderung Verständnis habe, aber die Einführung bzw. Umsetzung im Bereich des Tarifrechts liegen würde. Und somit seine Einflussmöglichkeit wie auch, die des Ministeriums gesamt hier nur begrenzt sei. Die DJG setzte sich auch weiterhin parallel zu der Diskussion um die Einführung der EG 9a für eine Angleichung im Tarif ein, dies bedeutet konkret, so Schmidt weiter, die Einführung der EG 8 für „alle“. Es ist nicht mehr vermittelbar, dass z. B. bei den Amtsgerichten in der Zivilabteilung nach EG 8 eingruppiert werde und z. B. in der Betreuungsabteilung, im Grundbuch oder auch in Strafabteilung eine Eingruppierung nach EG6 erfolgt. Hier spielte der Minister den Ball zurück in unsere Hälfte, so Schmidt, da dies im Tarifvertrag (TVH) geregelt sei, müssten hier auch verstärkt die Tarifpartner aktiv werden.

Auch die Beförderungssituation im mittleren wie im gehobenen Dienst wurde mit dem Justizminister besprochen. Hier sieht der Minister wie auch wir Handlungsbedarf, um gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht an andere Verwaltungen bzw. Arbeitgeber zu verlieren.

Bei dem Thema Besoldungsgesetz verwies Herr Prof. Dr. Poseck auf die Zuständigkeit des Innenministeriums, betonte aber, dass natürlich die Entscheidung des VGH umgesetzt werden müsse, der Haushalt des Landes Hessen aber gerade in dieser Zeit auch vor anderen großen Herausforderungen stünde, so der Minister weiter.

Ebenfalls wurden mit dem Minister erste Erkenntnisse und Probleme mit der Einführung der E-Akte diskutiert.

Am 2. Tag der Sitzung in Marburg, war das Hauptthema Entwicklungspotenziale für den mittleren Justizdienst herauszuarbeiten. Die Erarbeitung erfolgte in Arbeitsgruppen, die Ergebnisse wurden im Anschluss vom Gesamtvorstand beraten. Der geschäftsführende Vorstand hat nun den Auftrag, aus diesen Ergebnissen ein Entwicklungskonzept zu erstellen.

Erwin Schmidt



SAFE THE DATE

Schiffs-Event auf der Weser mit dem Landesverband Hessen

Zum frühen Nachmittag bis in die frühen Abendstunden haben wir, die MS-Weserstein gechartert. Das Schiff ist 27 m lang und 4,60 m breit, hat einen Tiefgang von 90 cm, einen Salon für 75 Personen und 2 Oberdecks auf denen ebenfalls 75 Personen Platz finden. Je nach Wasserstand werden unterschiedliche Touren auf der Fulda und Weser gefahren.

Am **02.09.2023** soll es am frühen Nachmittag am Anleger Weserstein in Hann.-Münden losgehen. Der Vorstand freut sich darauf mit vielen Mitgliedern einen tollen Tag auf dem Wasser zu verbringen.



Landesverband Hessen

Gespräch mit Frau Staatssekretärin Eichner

Am 23.01.2023 fuhr der Landesvorstand der DJG Hessen nach Wiesbaden zum Antrittsbesuch bei Frau Staatssekretärin Tanja Eichner ins Hessische Justizministerium.

Nach einer herzlichen Begrüßung fand in einer angenehmen Atmosphäre ein konstruktives Gespräch statt.

Als erstes Thema wurden die dem Justizministerium vorliegenden Anträge auf „Überprüfung der Höhergruppierung in die EG 9a“ – der sog. Arbeitsvorgang - angesprochen. Abgesehen davon, dass die betreffenden Entscheidungen sich allesamt auf den TV-L und nicht auf den in Hessen geltenden TV-H beziehen, könne man sich eine Einigung zu diesem Thema vorstellen. Allerdings – und so hatte die DJG es auch an die Mitglieder kommuniziert – könne eine Eingruppierung in die EG 9a nur eine Einzelfallentscheidung sein – jeweils unter Darlegung des individuellen Tätigkeitsbereiches. In diesem Zusammenhang sprach die DJG die Unzufriedenheit der Beschäftigten auf den Serviceeinheiten an und die Abwanderung der gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu anderen Behörden, die mit der EG 8 und EG9a werben und mit unbefristeten Arbeitsverträgen locken.

Einen regen Austausch gab es zu den aktuellen Themen „Ausbildungssituation“ der drei Berufsgruppen Allgemeiner Justizdienst, Justizfachangestellte und Justizwachtmeister. Das größte Thema, welches die Justiz derzeit umtreibt, ist die Einführung der E-Akte und damit verbunden auch das Anforderungsprofil der künftigen Ausbildung bzw. Berufsbilder. Das von

der DJG seit Jahren ausgearbeitete – und dem Justizminister Dr. Poseck bereits im Mai letzten Jahres übergebene - Konzept der DJG zur Aufgabenübertragung wurde in Teilen vorgetragen. Es wurden konstruktiv diskutiert, welche Vorstellungen realisierbar und in der Zukunft auch umsetzbar sein könnten. Dabei lag ein großer Schwerpunkt im Bereich der IT.

Weitere Inhalte waren offene Fragen aus den Bereichen der Sozialen Dienste und die Problematik der Vor-Ort-Betreuer, die geklärt werden konnten.

Die DJG setzt sich konsequent für weitere Qualifizierung der Kolleginnen und Kollegen ein, damit Aufstiegschancen und Qualifizierungsmöglichkeiten geschaffen werden damit die Justiz ein attraktiver Arbeitgeber ist und bleibt.

Manuela Schwarz



Landesverband Schleswig-Holstein

Neue Einstufung des Wachtmeisterdienstes

Einbußen in der Attraktivität?

In den letzten Jahren ist durch die höhere Eingruppierung aller Dienste der Wachtmeisterdienst zwar im Einstieg besser geworden, hat aber ebenso mit Sicht auf die Zukunft an Attraktivität verloren.

Gerade in den letzten 3 Jahren hat sich herausgestellt, dass es ohne den kleinsten Dienst keine funktionierende Justiz gibt. Ohne Wachtmeister vor Ort kann kein Gericht geöffnet, geschweige denn Verhandlungen abgehalten werden. Trotz Corona gab es keine einschneidenden Schließungen von Gerichten im Land. Wachtmeister übernahmen einen Großteil der Hygienemaßnahmen und testeten tausendfach Besucher auf Covid 19! Sie führten teils unter Vollschutz Gefangene vor Gericht vor.

A6 war bis vor kurzem noch das End - Amt, gestartet wurde mit A3! Für Jung-Wachtmeister gab es zwar Regelbeförderungen

im vorgegebenen Rahmen, trotzdem gab es hier Ehrgeiz und den Willen für Abordnungen, zusätzliche Aufgaben und vor allem das Bestreben nach einer möglichst guten Beurteilung. In der ersten (originalen) Laufbahnverordnung endete die Wachtmeisterei mit A6, in der, der mittlere Dienst startete. So ging es reibungslos durch alle Dienste. Vor ein paar Jahren wurde dann das Einstiegsamt des Vollzugsdienstes auf A8 angehoben.

Jetzt ist es zwar den Leitenden ermöglicht worden A7 zu bekleiden. Aber alle anderen Wachtmeister gucken in die Röhre. Im Verhältnis von den Wachtmeistereien zu den Wachtmeistern kann, wenn überhaupt, nur jeder 8te jemals Leitender werden. Ein beruflich bedingter Umzug im gehobenen Alter zu einer anderen Dienststelle ist bei dieser Lohngruppe wohl eher unwahrscheinlich.

Fortsetzung auf Seite 11

Man beginnt und endet mit A6, schlechter kann es wohl mit Blick auf 30 bis 40 Dienstjahre nicht laufen.

Alimentationsgesetz, Besoldungsergänzung sind gut gedacht, aber eher schädlich. Wer möchte einen Antrag auf Almosen stellen? Ist es gerecht, dass jemandem, der 3 Kinder hat, in den Erfahrungsstufen sofort ganz nach oben rutscht? Ist es hier nicht eher schlecht, dass hier Kinderreichtum der Erfahrung vorgezogen bzw. gleichgestellt wird? Kinder und Erfahrung sind nicht gleichsetzbar! Hier ist ein massiver Fehler entstanden!

Die Jungen haben keinen Anreiz mehr für die Zukunft und die „Erfahrenen“ sind hier eher zurückgesetzt.

Die Anforderungen an die Wachtmeister im Land steigen stetig an. Bislang stehen immer noch Tätigkeiten, wie die eines Hausmeisters in den Stellenausschreibungen. Als Bildung wird nur ein Hauptschulabschluss verlangt und sonst eigentlich nichts. Reicht das noch?

Ist es nicht eher so, dass

- **auch in den Wachtmeistereien das digitale Zeitalter eingezogen ist?**
- **es immer aufwendigere Verhandlungen zu organisieren gibt?**
- **es immer mehr übergreifigeres Publikum gibt?**
- **man immer häufiger Fremdsprachenkenntnisse braucht?**
- **wir immer gründlicher und besser ausgebildet werden?**
- **wir vor Jahren schon mit einem Schlagstock ausgestattet wurden?**
- **Abordnungen/ aushelfen in anderen Gerichten früher sehr selten waren?**
- **Pförtner/ Hausmeister mehr sind?**
- **die psychischen Belastungen stetig steigen?**

Es wäre wünschenswert, wenn man den Wachtmeisterdienst neu aufstellen würde und dem Beispiel von Baden- Württemberg folgt. Seit dem 01.12.2022 gibt es dort das Einstiegsamt 1.1 (einfacher Dienst) nicht mehr! Dort wurde erkannt, dass der „einfache Dienst“ schon lange kein einfacher Dienst mehr ist und es wurde darauf reagiert.

Im gleichen Ansatz sollte man auch über die Einführung einer Sicherheitszulage ähnlich der „Gitterzulage“ der Vollzugsanstalten nachdenken, wie sie in vielen Bundesländern mittlerweile gezahlt wird. Hier bekommen alle Wachtmeister, die im Sicherheits / Bereitschaftsdienst und oder bei Einlasskontrollen tätig sind, diese Zulage, unabhängig davon, ob sie viel oder wenig Vorführungen von Inhaftierten leisten. Während der Dienstzeit

ist man durchgehend in Bereitschaft, um im Notfall eskalierende Situationen zu entschärfen und für Ordnung zu sorgen. Generell kann und muss man sagen, dass sich der normale Dienst grundsätzlich geändert hat, dass Publikum wird ungehaltener und die Gewaltbereitschaft steigt stetig. Auch die psychischen Belastungen sind nicht zu unterschätzen, was früher noch auf schlechten Bildern in den Sälen und Akten gezeigt wurde, wird heutzutage in HD-Auflösung präsentiert. Und damit ist nicht nur gemeint das Tatortbilder und Videos ausgestrahlt werden von Kapitalverbrechen, sondern dass das Thema Kinderpornografie immer präsenter wird. Wachtmeister müssen dabeisitzen und den / die Beschuldigte überwachen und auf einem Fernseher mit anhören/ ansehen, wie ein paar Räume weiter teilweise Kleinstkinder von ihren Martyrien berichten. Mit Pech hört man dies dann nochmal wenn es zum Prozess vor Gericht kommt. Auch hier muss ich einfach nochmal sagen, „hört sich das für sie nach einem einfachen Dienst an?“

Eine Hierarchie in den Wachtmeistereien von z.B. A6 bis A9 einzuführen, wie auch im Vollzug oder im polizeilichen Dienst, wird viele Vorteile mit sich bringen.

Vorteile: Man errichtet wieder Ziele für die Wachtmeister! Die Qualität und das Engagement werden steigen! Die Bewerberqualität wird steigen! z.B. Bundeswehresoldaten Das Denken „einfacher Dienst“ wird verschwinden! Die generelle Zufriedenheit wird enorm gesteigert, nach [über 80](#) Jahren das richtige/wichtige Zeichen!

Das Argument, jeder Wachtmeister könne ja selbst entscheiden, ob er den Aufstieg in den Vollzugsdienst/ Geschäftsstelle macht, ist eher mit Vorsicht zu genießen. Ist es wirklich gewollt das alle guten Wachtmeister abwandern? Für viele von uns ist dies ein Traumjob! Wir nehmen in Kauf, dass wir morgens nicht wissen, wann wir abends zuhause sind. Wir akzeptieren, dass weder Homeoffice noch andere Arbeitszeitmodelle für uns in Betracht kommen. In den letzten Jahren bewiesen die Wachtmeistereien in Schleswig-Holstein wie flexibel und zuverlässig sie arbeiten. Von den Anforderungen im Bewerberprofil ist nicht mehr viel übrig. Neues geeignetes Personal zu finden wird immer schwieriger und zeigt, wie wichtig eine Anhebung ist.

In unserem Dienst hat sich die letzten Jahrzehnte viel geändert, jetzt sind sie dran.

Es kann so „einfach“ sein

Christoffer Zarbock

Landesverband Hamburg

70 Jahre DJG-Hamburg

Der Landesverband Hamburg wird in diesem Jahr sein 70 jähriges Bestehen begehen und das wollen wir mit unseren Mitgliedern am 12.Mai 23 feiern.

Wir haben eine tolle Veranstaltung geplant. Was genau, können wir an dieser Stelle aber noch nicht verraten. Nur so viel, dass es für unsere Mitglieder und Gäste u.a. neben einem super 4-Gänge-Menü auch wieder eine tolle Tombola geben wird. Die Einnahmen aus dem Losverkauf werden wir wieder dem Kinderhospiz Sternenbrücke in Hamburg spenden, deren auf-

opfernde Arbeit wir damit ein klein wenig unterstützen können, so wie wir das in der Vergangenheit bei unseren letzten Veranstaltungen, die leider die letzten Jahre wegen Corona ausfallen mussten, auch getan haben.

Wir freuen uns schon sehr mit unseren Mitgliedern, deren Anzahl auch in 2022 angestiegen ist und unseren Gästen einen schönen 70zigsten Geburtstag zu verbringen!

Der Landesverband Hamburg

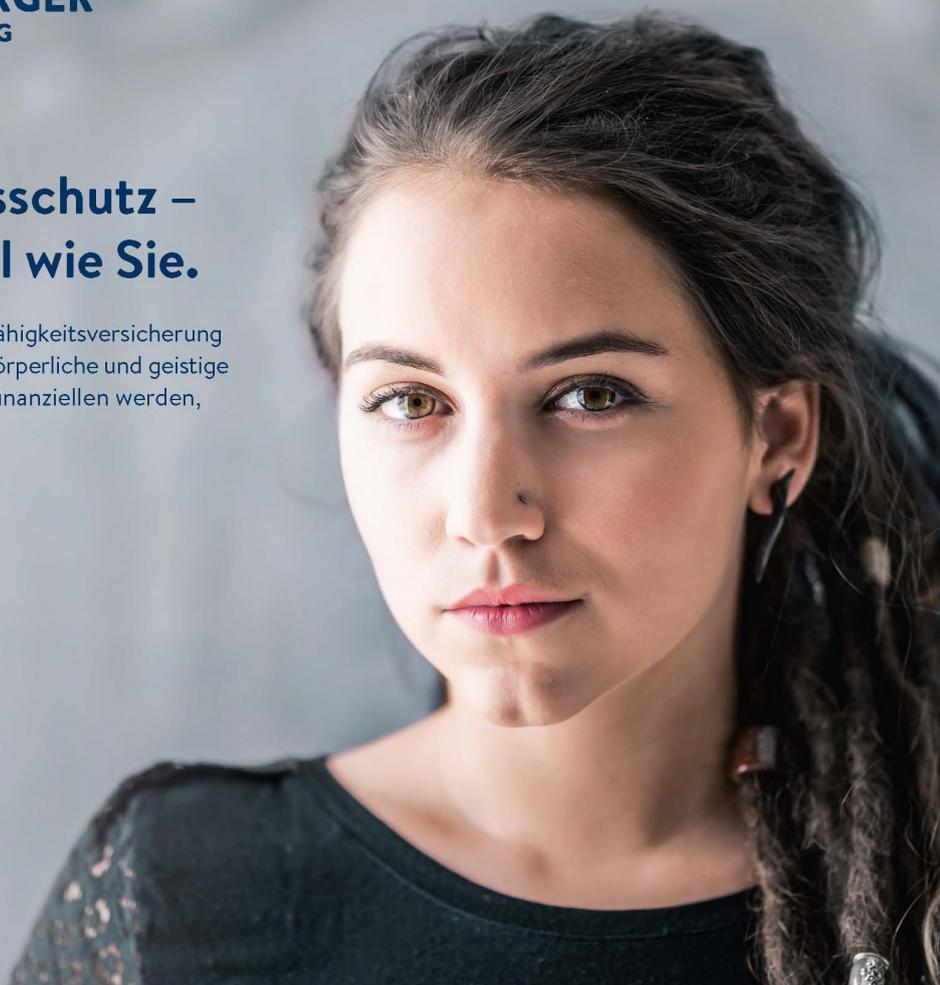


NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Einkommenschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

www.nuernberger.de



Termine 2023:

07.02.2023	FB: Rechtspfleger (ViKo)
15.02.2023	Bundesleitung (ViKo)
01.03.2023	Jour Fix mit den Fachbereichen
24.02.2023	FB: Menschen mit Behinderung (ViKo)
03.-05.03.2023	FB: Tarif
16./17.03.2023	Bundesleitung
17./18.03.2023	Bundesvorstand
27.-29.03.2023	FB: ASD
28.-30.03.2023	Seminar: Bundesjugendleitung/Bundesleitung
12.-14.05.2023	Bundesleitung
22.-24.06.2023	FB: mittl. Dienst
28.-30.07.2023	Bundesleitung
01./02.09.2023	FB: Tarif
02./03.09.2023	Bundesleitung
28.09.-01.10.2023	FB: Rechtspfleger
13.-15.10.2023	Bundesleitung
17.-18.11.2023	Bundesleitung
18.-19.11.2023	Bundesvorstand
20.-21.11.2023	Gewerkschaftstag

Impressum:

Herausgeber:

Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.
Mitglied im dbb beamtenbund und
tarifunion

V.i.S.d.P.:

Emanuel Schmidt
Bundesvorsitzender
Geschäftsstelle:
Saarbrücker Str. 69
66625 Nohfelden-Türkismühle
redaktion@djg-bund.de

Redaktion/Layout: DJG-Bundesleitung

Bildmaterial/Illustrationen:

E. Schmidt, D. Biegel, D. Barkanowitz,
M. Rieck

Autoren:

Emanuel Schmidt, Michaela Rieck, Karen Altmann,
Dirk Biegel, Sabine Wenzel, Bianca Korbanek, Heidi
Stuffer, Erwin Schmidt, Manuela Schwarz, Christoffer
Zarbock, Thomas Kratzberg

Für die veröffentlichten Artikel ist der jeweilige Autor
verantwortlich.